

Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand: Thaksins Populismus in der Krise

Bünthe, Marco

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bünthe, M. (2006). Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand: Thaksins Populismus in der Krise. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(2), 39-53. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337452>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand: Thaksins Populismus in der Krise

Marco Bünte

Einleitung

Die Herrschaft von Thailands Premierminister Thaksin Shinawatra galt lange Zeit als äußerst stabil. Während die Mehrparteienregierungen der neunziger Jahre mit einer Lebensdauer von gerade einmal 13 Monaten chronisch instabil waren, konnte sich der im Januar 2001 ins Amt gewählte ehemalige Telekommunikationsunternehmer Thaksin Shinawatra auf eine solide Parlamentsmehrheit stützen und eine ganze Legislaturperiode im Amt überstehen. Bei den Wahlen im Februar 2005 wurde Thaksin mit einer überwältigenden Mehrheit wieder gewählt. Seine regierende Thai Rak Thai Partei (Thais lieben Thais, TRT) verfügt seitdem über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Thaksin selbst gab vor den Wahlen an, noch zwei weitere Amtsperioden regieren zu wollen, um die Armut im Lande beseitigen und Thailand in die Riege der Industrienationen führen zu können. Sein Wahlsieg und die ungeheure Popularität bei den ländlichen Massen schienen ihm hinreichend Legitimität dafür zu geben. Seit Herbst letzten Jahres rollt jedoch eine riesigen Protestwelle durch das Land. Regelmäßig kommen zwischen 50.000 und 100.000 Menschen in Bangkok zusammen und fordern Thaksins Rücktritt. Was sind die Ursachen für diese Woge des Protests? Welche Gruppen stehen hinter den Demonstrationen und was sind ihre Forderungen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung. Die Hauptthese lautet dabei, dass Thaksin die breite Unterstützung, die er zu Beginn seiner Amtszeit hinter sich wusste, verloren hat. Immer mehr frühere Anhänger haben sich auf die Seite der Demokratiebewegung geschlagen. Diese beschränkt sich nun nicht mehr nur noch auf die generell Thaksin-kritische Akademie, sondern umfasst auch Teile der Arbeiterschaft und der Studenten. Die neu entstandene Sammlungsbewegung vereint Gruppen, die schon vorher in Opposition zu Thaksins Politik standen. Sie haben sich jedoch in den vergangenen Wochen stärker vernetzt und verfolgen nun das gemeinsame Ziel, Thaksin zu stürzen. Lediglich die thailändische Großindustrie und die Regierungspartei halten noch zu Thaksin, der in dieser Situation die

ländlichen Massen mobilisiert, um sich im Amt zu halten. Durch die Ausschreibung von Neuwahlen im April 2006 versucht er ferner, sich neue Legitimation zu verschaffen. Die anwachsende Polarisierung zwischen beiden Lagern birgt die Gefahr, dass die Demonstrationen ihren bislang friedlichen Charakter verlieren und sich das Militär zum Eingreifen gezwungen sieht.

Thailand unter Thaksin

Thaksins Herrschaft ist als „demokratischer Autoritarismus“ (Thitinan 2003), „autoritärer Populismus“ (Bunte 2005) oder als „Pluto-Populismus“ (Pasuk/Baker 2005) bezeichnet worden. Die Begriffe weisen darauf hin, dass Thaksin in den letzten Jahren sowohl populistisch-nationalistische als auch repressive Strategien angewendet hat, um seine Herrschaft abzusichern. Die Mobilisierung von Nationalismus und Populismus diente dem Ziel, bestimmte Gruppen auf seine Seite zu bringen (McCargo/Ukrist 2005: 217f.). So konnte Thaksin mit seiner populistischen Politik die ländliche Bevölkerung, radikale Bauernorganisationen und einige Bürgerrechtler für sich gewinnen. Durch stark nationalistische Rhetorik schaffte er es ferner, sich die Unterstützung der Großindustrie und Teile der Business-Elite zu sichern. Nachdem Thaksin diese Gruppen mobilisiert und in sein Klientelnetz integriert hatte, halfen ihm seine ungeheure Beliebtheit und die dominierende TRT Partei dabei, seine Herrschaft zu festigen. Mit Hilfe von stärker repressiven Maßnahmen und eines wachsenden Autoritarismus gelang es Thaksin in den vergangenen Jahren, Kritik zu unterbinden und die Entstehung einer breiten Oppositionsbewegung im Keim zu ersticken.

Thaksins Mobilisierungsstrategie des Populismus und Nationalismus

Mit Thaksin Shinawatra kam im Januar 2001 der reichste Mann Thailands an die Macht. Der ehemalige Unternehmer, der in den achtziger Jahren sein Telekommunikationsimperium aufgebaut hatte und in den neunziger Jahren in die Politik gewechselt war, gründete 1998 seine eigene Partei, die Thai Rak Thai. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise überzeugte er zahlreiche Unternehmer und Großindustrielle, seine Partei zu unterstützen (Pasuk/Baker 2004: 69-73). Zusammen mit einer Reihe von Beratern arbeitete seine Partei ein Programm aus, das ihn bei den Wahlen im Januar 2001 an die Macht brin-

gen sollte. Im Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik („Thaksinomics“) stand die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen und der ländlichen Gebiete. Um sich die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung zu sichern, versprach Thaksin ein Schuldenmoratorium für Kleinbauern, die Bereitstellung eines Umlauffonds für die 75.000 Dörfer des Landes und die Einführung eines kostengünstigen Gesundheitssystems. Thaksin gelobte darüber hinaus, Thailand von der Geißel der Armut zu befreien und das gravierende Drogenproblem des Landes in den Griff zu bekommen. Diese Programme wurden in Thailand als populistisch gebrandmarkt, weil der ehemalige Telekommunikationsunternehmer und Multimillionär als Repräsentant der Großindustrie explizit die ländliche Bevölkerung ins Zentrum seiner Politik stellte. Diese Gruppe war im thailändischen Industrialisierungsprozess größtenteils vernachlässigt worden, sie stellte aber immer noch das Gros der Wählerschaft dar. Mit mehr als einem Viertel der Parlamentssitze kommt beispielsweise dem Nordosten, dem thailändischen Armenhaus, die größte politische Bedeutung zu. Thaksins „Dual Track Policy“ sah nun vor, die Exportorientierung der thailändischen Wirtschaft beizubehalten, gleichzeitig aber die ländliche Basis des thailändischen Kapitalismus auszubauen. Auf dem Wege der Kreditfinanzierung sollten aus Bauern Unternehmer werden. Thaksin zog mit diesem Programmen viele lokale, radikale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf seine Seite, die eine Abkehr vom thailändischen Entwicklungsweg und eine Rückbesinnung auf ländliche Werte forderten.

Neben dem Populismus diente der anwachsende Nationalismus dazu, Teile der thailändischen Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen. Thaksin schlug vermehrt nationalistische Töne an und kritisierte die Politik des IWF, die er für die Finanz- und Wirtschaftskrise in Thailand verantwortlich machte. Damit wendete er sich an die industrielle Geschäftselite des Landes, deren Unterstützung er auf diese Weise gewann (Glassman 2004). Thaksin präsentierte sich als charismatischer, entschlosskräftiger und durchsetzungsstarker Führer, der Thailand wie ein Manager eines Unternehmers (CEO von Thailand Inc.) aus der Krise führen würde.

Nach seiner Wahl im Januar 2001 machte Thaksin sich daran, zahlreiche der versprochenen Projekte umzusetzen. Er zentralisierte den Herrschaftsapparat, um das Land effektiv regieren zu können und begann damit, zahlreiche Projekte, die der ländlichen Bevölkerung zugute kommen sollten, zu initiieren. Das dreijährige Schuldenmoratorium für Kleinbauern sollte der Umschuldung der Bauern dienen, gleichzeitig versuchte die Regierung Landrechte aufzuwerten, damit Bauern sie gegenüber den Banken geltend machen konnten. Dies sollte die unterneh-

merischen Aktivitäten der Bauern fördern und gleichzeitig die Binnennachfrage ankurbeln. All diese Programme trugen dazu bei, dass die Binnennachfrage ansprang und Thailand auf die wirtschaftliche Erholspur zurückkehren konnte. Im zweiten und dritten Jahr der Amtszeit Thaksins zeigte sich zunehmend, dass der private Konsum an seine Grenzen stieß. Nach Erkenntnissen des National and Social Development Board (NESDB) war die private Verschuldung mittlerweile 13-mal so hoch wie das durchschnittliche jährliche Einkommen der Haushalte. Angesichts der zunehmenden Privatverschuldung ging die Regierung dazu über, die Wirtschaft durch Investitionen in die Infrastruktur des Landes anzukurbeln. Thailand gehörte mit Wachstumsraten von 5,3 Prozent im Jahre 2002 und 6,6 Prozent im Jahre 2004 zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften Asiens. Der wirtschaftliche Erfolg machte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Seit der Amtsübernahme von Premierminister Thaksin wurden sieben Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Der wirtschaftliche Erfolg trug zur schnellen Gesundung bei, sodass Thailand bereits im Jahre 2003 die letzte Rate der IWF-Kredite zurückzahlen konnte. Mit stark nationalistischen Untertönen verkündete Thaksin die „Befreiung“ Thailands vom IWF.

Die Stabilität von Thaksins Herrschaft

Die Stabilität von Thaksins Herrschaft fußte nicht nur auf der großen Popularität des Regierungschefs bei den ländlichen Massen. Sie lässt sich auch mit dem Aufbau von persönlichen Klientel-Netzen (*phuaak*) in Militär, Großindustrie und Parteien begründen (McCargo/Ukrist 2005: 220). Thaksin hat in den letzten Jahren Schlüsselpositionen in Armee und Verwaltung mit engen Vertrauten besetzt. Mit Hilfe seiner Thai Rak Thai Partei knüpfte Thaksin Verbindungen zur Großindustrie, die seine Herrschaft stützte. Nach den Wahlen im Januar 2001, die der Thai Rak Thai eine große Mehrheit im Parlament bescherte, setzte außerdem ein Konzentrationsprozess im Parteiensystem ein, der die Stabilität der Regierung noch weiter erhöhte. Der TRT schlossen sich nach den Wahlen im Januar 2001 die New Aspiration Party von General Chavalit und im Jahre 2004 die Chart Pattana von Suwat Liptapanlop an. Bei den Wahlen im Februar 2005 erhielt Thaksins TRT eine Dreiviertelmehrheit im Parlament. Dadurch entstand ein dominantes Parteiensystem unter Führung der TRT. Neben ihr, die drei Viertel der Parlamentssitze innehatte und der Demokratische Partei, die auf 96 Sitze kam, waren nur noch die Chart Thai Partei (25 Sitze) und die Mahachon Partei (2 Sitze) im Parlament

vertreten. Der Opposition war es dadurch nur sehr eingeschränkt möglich, die Regierung zu kontrollieren. Sie konnte weder ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister noch gegen einzelne Minister der Regierung einbringen, da sie das notwendige Quorum dafür nicht mehr aufbrachte (200 für Premierminister, 125 für einzelne Minister). Kritiker der Regierung, wie der thailändische Bürgerrechtler Thirayuth Boonmi, sprachen deshalb auch von einer „parlamentarischen Diktatur des Premierministers“. Diese Charakterisierung spielt jedoch auch auf den stärkeren Autoritarismus unter Thaksin an.

Repression der Opposition und Kontrolle der Medien

Unter Thaksin ist der Prozess der demokratischen Konsolidierung, der in den neunziger Jahren langsam einsetzte und mit der Verabschiedung der so genannten People's Constitution 1997 ihren Höhepunkt erlebte (Bünthe 2000), zum Erliegen gekommen. Das Königreich Thailand ist zwar nicht in eine rigide Form des Autoritarismus zurückgefallen. Die freien Parlamentswahlen im Januar 2001 und Februar 2005 und die Senatswahlen im Jahr 2000 belegen, dass die Minimalbedingungen für eine Demokratie in Thailand erfüllt sind. Dennoch ist es in Thailand in den vergangenen Jahren zu Rückschritten im Bereich der Demokratisierung gekommen. Negative Entwicklungen waren insbesondere bei den unabhängigen Institutionen, die die Regierung kontrollieren sollen, bei der Pressefreiheit und den Menschenrechten zu erkennen. Die neu eingerichteten, unabhängigen Institutionen, die für mehr Transparenz sorgen und die Regierung kontrollieren sollten, sind in den letzten fünf Jahren zunehmend politisiert und in ihrer Funktionsfähigkeit beschnitten worden. Der neuen Verfassung nach mächtige Institutionen, wie die Nationale Korruptionsbekämpfungsbehörde (NCCC), die Wahlkommission oder das Verfassungsgericht, wurden durch politische Einflussnahme von Thaksin oder seinen Anhängern geschwächt. Der Einfluss der NCCC wurde beispielsweise durch die Neubesetzung mit regierungsnahen Mitgliedern nach dem Jahr 2003 erheblich gemindert. Die Behörde hatte sich vorher den Ruf erworben, hart gegen Korruption vorzugehen. Sie scheute sich nicht, hohe Politiker, wie den ehemaligen Innenminister Sanaan Kachornprasat (im Sommer 2000) oder den ehemaligen Gesundheitsminister Rakkiat Sukthana (im Sommer 2003), aus der Politik zu verbannen, weil sie ihre Vermögensverhältnisse nicht hinreichend angegeben hatten. Auch Thaksin selbst wurde im Jahre 2001 von der NCCC für schuldig befunden, seine Reichtümer nicht hinreichend deklariert zu haben.

Das Urteil wurde jedoch später vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben. Die Neubesetzung der Kommission mit regierungsnahen Vertretern im Herbst 2003 hat die Behörde erheblich geschwächt. Darüber hinaus wurde die Pressefreiheit durch die monetären Einflüsse der Unternehmensgruppe Thaksins und Angriffe auf kritische Journalisten gefährdet. Ein Beispiel für die wachsende politische Einflussnahme der Regierung auf die Medien ist die Entwicklung des Fernsehsenders ITV: Nach seiner Gründung 1996 setzte der private Fernsehsender noch Standards für investigativen Journalismus und kritische Reportagen. Nach der Übernahme durch die Thaksin Gruppe im Jahr 2001 zeichnete sich der Sender eher durch seichte Unterhaltung und zunehmend unkritische Berichterstattung aus. Häufig werden kritische Journalisten von der Regierung wegen Verleumdung gerichtlich verfolgt. Thaksin reichte beispielsweise gegen die Generalsekretärin der Campaign for Popular Media Reform, Supinya Klangnarong, im September 2004 eine Schadensersatzklage in Höhe von 400 Millionen Baht ein, nachdem sie in der thailändischen Tageszeitung *Thai Post* geschrieben hatte, dass der Premierminister sein Amt zur Förderung seines eigenen Unternehmens missbrauchen würde. Die Beschneidung der Pressefreiheit wird auch von Freedom House, das die politischen Freiheiten weltweit untersucht, dokumentiert. Unter Thaksin wurde die thailändische Presse nur noch als „teilweise frei“ bezeichnet, während sie vor seinem Amtsantritt im Jahr 2001 noch das Prädikat „frei“ erhalten hatte. Der wachsende Autoritarismus spiegelt sich auch in der Menschenrechtssituation wider. So gab es unter Thaksin vermehrt Verletzungen der Menschenrechte, wie beispielsweise im so genannten Drogenkrieg 2003 oder bei der Bekämpfung der Gewalt in Thailands Süden.

Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung: Eine Chronologie

Die thailändische Demokratiebewegung war über Jahre hinweg relativ wirkungslos. Seit dem Übergang zur Demokratie im Mai 1992, als mehrere 100.000 Menschen auf die Straße gingen und gegen den Militärherrscher Suchinda Kaprayoon demonstrierten (Bunte 2000), konnte die Demokratiebewegung keine größeren Massen mehr mobilisieren. Die Bewegung, die Mitte der neunziger Jahre zu politischen Reformen und 1997 zur Abfassung einer neuen Verfassung führte, war letztlich ein elitäres Projekt aus liberalen, progressiven und konservativen Kräften, um die Macht gewählter Politiker zu begrenzen (McCargo 2002: 3). Unter Thaksin

wurden die progressiven Kräfte entweder kooptiert oder unterdrückt. So gelang es Thaksin mit Hilfe seiner Programme zur Förderung des ländlichen Raumes zahlreiche NGOs auf seine Seite zu ziehen. Thaksin traf sich beispielsweise nach den Wahlen im Januar 2001 mit der Versammlung der Armen (Assembly of the Poor), dem größten Netzwerk ländlicher NGOs. Er erfüllte einige ihrer Forderungen und sicherte sich so ihre Unterstützung (Pasuk/Baker 2005: 144). Die Tätigkeiten einiger kritischer Aktivisten wurden hingegen auch unterdrückt. Insbesondere Medienvertreter sahen sich von Thaksin verfolgt. Journalisten, die den populistischen Regierungsstil des Premierministers kritisierten oder es wagten, die engen Verbindungen zwischen Politik und Großindustrie anzuprangern, wurden mit Verleumdungsklagen überzogen. Trotz dieser harschen Vorgehensweisen blieben einige mahnende Stimmen im politischen Diskurs erhalten. Allen voran Intellektuelle wie der angesehene Menschenrechtler Thirayuth Boonmi oder Prawes Wasi blieben Thaksin gegenüber skeptisch und zögerten nicht, ihre Kritik zu äußern. Auch einige Mönche äußerten immer wieder Kritik an dem wachsenden Materialismus im buddhistischen Königreich. Kurz vor den Wahlen im Februar 2005 forderte der angesehene Mönch Phra Kittisak die Wähler auf, Thaksin nicht zu wählen, weil er eine „unmoralische Politik“ betreiben und das Geld in den Mittelpunkt stellen würde.

Der Beginn der Demonstrationen unter der Führung von Sondhi Limthongkul

Im Herbst letzten Jahres entwickelte sich eine Protestbewegung, die von dem Medienunternehmer Sondhi Limthongkul angeführt wurde. Der ehemalige Freund und politische Verbündete von Premierminister Thaksin zog bei seinen wöchentlichen Veranstaltungen am Ende mehr als 50.000 Menschen an, bei denen Thaksins Hang zum Autoritarismus und die weit reichende Korruption innerhalb der Regierung kritisiert wurde. Im Wahlkampf hatte Thaksin stets darauf verwiesen, dass er als reicher Unternehmer ein Garant für eine nicht korrupte Regierung sei, weil er gar keine Bereicherung nötig habe. Im letzten Jahr erregte ein Korruptionsskandal im Zusammenhang mit dem Bau von Bangkoks internationalem Flughafen, in den offenbar Kreise im Umfeld von Thaksin und Mitglieder des Kabinetts verwickelt waren, wenig Aufsehen. Anstoß erregte aber die Tatsache, dass die Vorsitzende des Rechnungshofes, Jaruvan Maintaka, zwei Jahre lang systematisch daran gehindert worden war, diesem und anderen Fällen nachzugehen (STI, 16.1.06). Sondhi pran-

gerte diesen Fall an und enthüllte weitere pikante Details. So behauptete er, dass Thaksins Schwester ein Flugzeug des thailändischen Militärs benutzt habe, um Freunde zu einer privaten Geburtstagsparty zu fliegen. Außerdem diene Thaksins Privatisierungspolitik ganz eindeutig den Interessen seines eigenen Unternehmens.

In dieser Phase waren die Proteste allerdings keine Sammelbewegung, die die Interessen einer breiten Masse artikulierte. Vielmehr handelte es sich um einen persönlichen Rachefeldzug eines ehemaligen Verbündeten von Thaksin, der auf die Massen große Anziehungskraft ausübte. Der Hintergrund für den Aufruhr war nach Meinung der thailändischen Medien, dass Sondhi bei der Vergabe einer Lizenz zum Betrieb eines eigenen Fernsehsenders von Thaksin übergangen worden war. Nachdem Sondhi im September angefangen hatte, Thaksins Politik in seiner eigenen Fernsehshow zu kritisieren, setzte Thaksin die Sendung kurzerhand ab. Sondhi verlagerte daraufhin seine Auftritte in einen Universitätsaal. Die Auftritte Sondhis zogen im November und Dezember immer mehr Menschen an, sodass die Veranstaltungen später in den Lumpini-Park verlegt werden mussten. Die von Sondhi initiierte Protestwelle war also in erster Linie von persönlichen Motiven getragen. Sondhi forderte die Absetzung Thaksins und legte dafür Anfang Februar beim König eine Petition vor. Andere zivilgesellschaftliche Elemente hatten sich zu diesem Zeitpunkt der Bewegung noch nicht angeschlossen. Ihr Misstrauen gegenüber Sondhi und seinen persönlichen Motiven ließ sie vor einem Engagement zurückschrecken. Bürgerrechtler Thirayuth Boonmi gab beispielsweise zu erkennen, dass die Aktivisten noch mehr Belege für Thaksins Korruption benötigten, um aktiv zu werden (N, 16.1.06). Suriyasai Katasila von der Campaign for Popular Democracy gab zu erkennen, dass man Sondhi nicht trauen würde und seine Ziele erst einmal ausloten müsse (*Asia Times*, 27.2.06). Die Sondhi-Bewegung war stattdessen zu einem „Kristallisationspunkt einer hauptstädtischen schweigenden Mehrheit [geworden], die genug hatte von Thaksin, sich aber bislang nicht öffentlich zu äußern gewagt hatte“ (NZZ, 4.2.06).

Die Ausweitung der Proteste und die Geburt der „Volksallianz für Demokratie“

Im Februar und März weiteten sich die Proteste schlagartig aus. Rund 30 zivilgesellschaftliche Gruppen schlossen sich Anfang Februar der Protestbewegung an (STI, 10.2.06). Die neu entstandene Volksallianz für Demokratie (People's Alliance for Democracy, PAD) mobilisierte bis Mitte März in wöchentlichen De-

monstrationen jeweils zwischen 60.000 und 100.000 Menschen, die den Rücktritt des Premierministers forderten. Der eigentliche Auslöser für die Ausweitung der Massenproteste war der Verkauf der Mehrheitsanteile der Shinawatra-Familie an Thaksins Unternehmen Shin Corporation. Am 23. Januar verkündete Thaksin, dass er die kontrollierenden Anteile an der Shin Corporation für 1,88 Milliarden US-Dollar an die Temasek Investitionsgesellschaft aus Singapur verkaufen würde. Thaksin gab als Grund an, künftige Interessenkonflikte zwischen der Rolle des Regierungschefs und des Besitzers eines der größten Konzerne des Landes vermeiden zu wollen. Dieser Schritt, der eigentlich Thaksins Kritiker besänftigen sollte, ließ die Situation eskalieren. Zur Empörung kam es nicht nur, weil der Unternehmensverkauf steuerfrei über die Bühne ging, sondern auch, weil ein angeblich national wichtiges Gut an Singapur verkauft wurde. Nach der Verkündung der Unternehmensübernahme traten zwei Minister aus Thaksins Kabinett aus ethnischen Gründen zurück, die öffentliche Erregung über den Verkauf war groß und ließ auch die Protestbewegung weiter anwachsen. Angeführt wurden die Proteste von Sondhi Limthongkul. Ihr schlossen sich nun auch Demokratiegruppen wie die Campaign for Popular Democracy unter Suriyasai Katasila oder die Campaign for Popular Media Reform unter Supinya Klangnarong an. Neben den Demokratieaktivisten traten jetzt auch Freihandels- und Privatisierungsgegner, Lehrer und Studenten bei den Kundgebungen auf. Die Freihandelsgegner hatten erst Anfang Januar zu Protesten gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA aufgerufen. Zu ihnen zählen verschiedene ländliche NGOs, die eine stärkere Konkurrenz für die thailändischen Agrarprodukte befürchten. An den Demonstrationen nahmen auch die Gewerkschaften der großen Staatsunternehmen, der Confederation for State Enterprises, teil. Sie stehen der Privatisierung zahlreicher staatlicher Unternehmen, wie der Elektrizitätsgesellschaft (EGAT) skeptisch gegenüber. Der Verkauf von Shin Corp. an ein ausländisches Unternehmen hatte sie in ihrem Protest bestärkt. Auch die anderen Gewerkschaften schlossen sich teilweise dem Protest an – mit ihren mehr als 200.000 Mitgliedern haben die Gewerkschaften ein sehr hohes Mobilisierungspotenzial, das Ende Februar noch keineswegs ausgeschöpft schien. Auch die Lehrer traten dem Protest bei. Diese Gruppe war insbesondere über die Dezentralisierungspolitik des Premierministers enttäuscht, der den Erziehungssektor in die Hände der Lokalregierungen übertragen sollte. Hinzu kam die Studentenschaft. Die beiden größten Universitäten des Landes schlossen sich mit den Studenten und Lehrkörpern den Protestaufrufen an. Die Studenten sammelten außerdem insgesamt 70.000 Unterschriften, die Thaksin zum Rücktritt

aufforderten. Rund 100 angesehene Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben richteten außerdem eine Petition an den König, den sie aufforderten, Thaksin abzusetzen und eine Übergangsregierung zu installieren.

Die sehr heterogene Bewegung, die einzig und allein das Ziel von Thaksins Rücktritt verfolgte, erhielt noch einmal moralische Unterstützung, als sich Mitte Februar Thaksins politischer Mentor Chamlong Srimuang den Protesten anschloss. Der ehemalige Bürgermeister von Bangkok, der 1992 die Demokratiebewegung im Kampf gegen Suchinda erfolgreich anführte, genießt in Thailand hohes Ansehen. Die ihm nahestehende buddhistische Sekte Sante Asoke vereint mehrere Hunderttausend Mitglieder. Die Protestbewegung umfasst folglich fast die gesamte thailändische Funktionselite – lediglich die Großindustrie und die Regierungspartei halten an Thaksin fest. Bis auf einige TRT-Mitglieder, die ins Anti-Thaksin-Lager überliefen, stand die Regierungspartei den Protesten skeptisch gegenüber. Die Demokratische Partei nahm die Situation zum Anlass, politische Reformen und Verfassungsänderungen zu fordern. Sie versuchte, die Protestwelle für ihre Zwecke auszunutzen. Bis Mitte März wurde sie jedoch kein Teil der Volksallianz für Demokratie.

Thaksins Reaktion: Neuwahlen, Reformen und Mobilisierung der eigenen Anhänger

Trotz wochenlanger Demonstrationen mit jeweils mehr als 60.000 Teilnehmern lehnte es Thaksin ab, zurückzutreten. Er werde sich der „Herrschaft des Mobs“ nicht beugen, ließ der Premierminister verkünden. Er selbst sagte in seiner wöchentlichen Radioansprache, dass die einzige Person, die ihn zum Rücktritt bewegen könnte, der König sei. Der Premier berief sich dabei stets auf seine große Legitimation durch die Wahlen im Februar 2005, bei dem ihm 19 Millionen Menschen ihre Stimme gegeben hätten. Die extralegale Amtsenthebung eines gewählten Regierungschefs dürfe nicht hingenommen werden, sagte Thaksin (N, 25.2.06). Er rief Neuwahlen für Anfang April aus und signalisierte so, dass er bereit sei, die Macht an das Volk zurückzugeben. Er mobilisierte ebenfalls seine eigenen Anhänger: Anfang März kamen rund 200.000 seiner Anhänger aus den Provinzen nach Bangkok, um für ihn zu demonstrieren. Presseberichten zufolge waren die TRT-Abgeordneten angehalten worden, je mindestens 1.000 Teilnehmer aus ihren Wahlkreisen nach Bangkok zu transportieren. Außerdem soll Geld geflossen sein, um die Demonstranten zum Kommen zu ermutigen. Thaksin eröffnete seinen

Wahlkampf mit der Ankündigung, in den nächsten Jahren zehn Millionen Baht an Entwicklungsausgaben für die ländlichen Räume ausgeben zu wollen. Er äußerte auch seine Bereitschaft, politische Reformen einzuleiten und ein unabhängiges Gremium einzusetzen zu wollen, um die Reformen auf den Weg zu bringen (BP, 7.3.06). Damit kommt er der Opposition in wesentlichen Punkten entgegen. Thaksin versprach außerdem, zurückzutreten, wenn er bei den Wahlen im April nicht mehr als die Hälfte der Stimmen erhält. Die Ankündigungen dienen dem primären Ziel, den Protest und politischen Druck auf seine Regierung abzuschwächen. Bei den Wahlen hat die TRT aufgrund des knapp bemessenen Zeitrahmens, der finanziellen Ausstattung der Partei und der Beliebtheit des Premierministers einen sehr großen Vorteil gegenüber den Oppositionsparteien. Deshalb ist zu erwarten, dass Thaksin seinen Erdrutschsieg wiederholen wird. Zwar wird die Partei einige Sitze in Bangkok verlieren – bei den Wahlen 2005 gewann die TRT 32 von 37 Sitzen in der Hauptstadt. Im Rest des Landes dürfte sie aber aufgrund der großen Beliebtheit des Premierministers und der Geschlossenheit der TRT einen weiteren Erdrutschsieg erzielen. Die Opposition hat bereits angekündigt, die Wahlen boykottieren zu wollen. Selbst mehrere Versuche Thaksins, die Oppositionsparteien zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen, schlugen fehl (N, 5.3.06).

Wachsende Polarisierung: Was macht das Militär?

Angesichts der anhaltenden Pattsituation zwischen der Volksallianz für Demokratie und Thaksins Anhängern und einer immer stärkeren Polarisierung zwischen den Lagern verdichteten sich auch die Gerüchte über ein Eingreifen des Militärs. Verteidigungsminister Thammarak warnte bei einem Gespräch die obersten Militärs davor, einzugreifen (BP, 3.3.06). Die Thaksin nahe stehenden Generäle haben außerdem mehrere Gesprächsrunden an einem geheimen Ort abgehalten (BP, 27.2.06). Das Militär war lange Zeit der dominierende Faktor in der thailändischen Politik und spielt auch heute noch eine wichtige Rolle. Nach Abschaffung der absoluten Monarchie 1932 bis zur Demokratisierung 1992 dominierte das Militär die thailändische Politik. Es gab in dieser Zeit 16 Militärputsche und die meiste Zeit nahmen Militärs die Regierungsgeschäfte wahr. Zu einer stärkeren Professionalisierung des Militärs ist es erst nach der Demokratisierung 1992 gekommen. Die Entfernung der Militärs aus Aufsichtsräten, die Abschaffung des Gesetzes zur inneren Sicherheit sowie die Anpassung der Lehrpläne der Chulachomklao-Mili-

tärakademie haben eine weitere Professionalisierung des Militärs eingeleitet. Eine neue Generation von Offizieren ist mittlerweile herangewachsen, die militärische Eingriffe in das Regierungshandeln als antiquiertes Instrument vordemokratischer Gesellschaften ablehnt. In den bislang kritischen Stunden der Demokratie hat das Militär so von einem Putsch abgesehen. Während der Asienkrise lehnten sie die Installierung einer Übergangsregierung ab, über die mehrere Wochen in der Presse spekuliert worden war. Auch nach den Wahlen zum Senat im Januar 2000 betonte die Militärführung unter General Sulanont ihre Loyalität gegenüber der zivilen Führung. Zu einer Suspendierung der neuen Verfassung ließ sich das Militär auch nach Aufforderung durch Teile der konservativen Bürokraten und Politiker nicht hinreißen. Die erste Phase der demokratischen Konsolidierung war so durch eine zunehmende Professionalisierung und Zivilisierung des Militärs gekennzeichnet (Bunte 2000: 78-92; Croissant 2002: Kap. 5). Unter Thaksin ist es jedoch zu einer erneuten Repolitisierung des Militärs gekommen. Thaksin besetzte die Führungsstellen der Armee mit ihm nahe stehenden Personen und sicherte sich auch auf anderen Wegen die Unterstützung des Militärs (McCargo/Ukrist 2005: 134-154). Die innergesellschaftliche Polarisierung scheint sich auch innerhalb der Streitkräfte wiederzufinden. Armeechef Sonthi Boonyaratkalin verteidigte beispielsweise das Recht seiner Soldaten, als Privatleute an Demonstrationen beider Seiten teilzunehmen und deutete so an, dass ein Riss auch durch die Reihen der Armee geht (N, 6.3.06). General Panlop gab der Presse gegenüber zu erkennen, dass ein Putsch zur Wiederherstellung politischer Ruhe unausweichlich werden könnte (BP, 27.2.06). Sollten also die Proteste ihren friedlichen Charakter verlieren, könnte das Militär (oder der König) sich durchaus gezwungen sehen, einzugreifen.

Fazit: Thailands Demokratie in der Krise

Seit Herbst letzten Jahres ist Thailands gewählte Regierung mit einer Welle des Protests konfrontiert. Den Protesten lagen im Herbst letzten Jahres noch persönliche Motive des Medienunternehmers Sondhi Limthongkul zugrunde. Nachdem immer weitere Enthüllungen über Thaksins Korruption und der Verkauf von Thaksins Unternehmen bekannt wurden, formte sich jedoch eine sehr heterogene Bewegung. Vormalig unzufriedene Gruppen, wie Freihandels- und Privatisierungsgegner, Gewerkschaften, Studenten und Intellektuelle vernetzten sich in zunehmendem Maße und forderten Thaksins Rücktritt. In den Augen der Demokratiebewegung der Hauptstadt hat Thaksin seine Legitimität aufgrund der

Vermischung von Geschäftsinteressen und Regierungsgeschäften verloren. Der Demokratiebewegung liegen somit ethische Motive zugrunde, ihr geht es um den Sturz eines in ihren Augen korrupten Diktators und seiner Cronies. Tatsächlich wurde Thaksin jedoch in einem demokratischen Verfahren von 19 Millionen Menschen gewählt. Seine demokratische Legitimation kann folglich nur schwer angezweifelt werden. Unter demokratiethoretischen Aspekten muss die Motivation der Volksallianz für Demokratie als fragwürdig gelten. In ihren Augen sind jedoch die Wahlen nicht legitim, weil die wahlentscheidende Landbevölkerung von Thaksins ländlichen Projekten und Sozialprogrammen bestochen worden sei. Die politischen Informationen stammten außerdem von einer Presse, die unter Thaksins Kontrolle stehe. Damit verlören die Wahlen ihre Bedeutung.

Die unterschiedlichen Auffassungen der beiden politischen Lager offenbaren außerdem ein unterschiedliches Verständnis von legitimer politischer Herrschaft. Die Demokratiebewegung, die sich im Wesentlichen auf die Bangkokere Mittelschicht und zivilgesellschaftliche Elite beschränkt, versteht unter legitimer politischer Herrschaft gute Regierungsführung (*good governance*) im Sinne von demokratischer Partizipation und Korruptionsfreiheit. Thaksin hat jedoch nach Meinung der Demokratiebewegung der Hauptstadt gegen diese Grundprinzipien verstoßen. Die ländliche Bevölkerung bewertet jedoch vielmehr die materiellen Ergebnisse der Politik. Sie lobt Thaksins Engagement für die ländlichen Regionen des Königreichs. Noch nie hat ein thailändischer Premierminister die ländlichen Regionen derart ins Zentrum seiner Politik gestellt. Ganz anders als Thaksin waren frühere Premierminister in den ländlichen Regionen nicht einmal bekannt. Thaksins Popularität basiert also auf der Umsetzung seiner populistischen Politik. Diese Deutungsmuster hatten bereits in den neunziger Jahren zu einer erheblichen Instabilität in der thailändischen Politik geführt. Damals wurden die Regierungen auf dem Lande gewählt und in Bangkok gestürzt. Die unterschiedlichen Vorstellungen von politischer Herrschaft verweisen auch auf die Ungleichheiten im Modernisierungsprozess, der in Thailand fast ausschließlich auf den Großraum in Bangkok konzentriert ist. Hier findet sich eine moderne Wirtschaft und Funktionseleite, während der Großteil der ländlichen Bevölkerung nach wie vor Bauern sind. Thaksins populistischer Politikansatz war der Versuch eines mittleren Weges, die Interessen von Großindustrie und ländlicher Gesellschaft zu vereinen. Aufgrund der massiven Korruption, der Knebelung der Medien und der Repression der Opposition verlor er jedoch die Unterstützung wesentlicher Teile der Mit-

telschicht Bangkoks und brachte wichtige gesellschaftliche Gruppen gegen sich auf.

Ausblick

Angesichts der anhaltenden Konfrontation zwischen Thaksin und seinen Anhängern auf der einen und der Volksallianz für Demokratie auf der anderen Seite sind fünf Szenarien für die weitere Entwicklung denkbar.

1. Nach weiter anwachsenden, anhaltenden Demonstrationen zieht sich Premierminister Thaksin aus dem Amt zurück. Die Demokratiebewegung ist erfolgreich. Dieses Szenario ist angesichts von Thaksins Willen zur Macht jedoch unwahrscheinlich.
2. Die Demokratiebewegung verliert an Zulauf und löst sich nach mehreren Wochen auf. Thaksin bleibt im Amt und wird bei Neuwahlen im Amt bestätigt. Auch dieses Szenario ist aufgrund der Größe der Protestbewegung unwahrscheinlich.
3. Die Situation eskaliert. Die Demonstrationen verlieren ihren friedlichen Charakter und enden mit Blutvergießen. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens höher.
4. Der König schreitet angesichts der anhaltenden Pattsituation ein und fordert die Protestparteien zur Einigung auf. Dieses Szenario wird umso wahrscheinlicher, je länger die Konfrontation anhält. Das Militär bemüht sich genauso wie der Kronrat darum, die Konfliktparteien zu Gesprächen zu überreden. Nachdem Mitte März einige kleinere Bomben in Bangkok explodierten, intensivierte die Krone ihre Bemühungen um eine friedliche Konfliktlösung. Der Nationale Wirtschafts- und Sozialrat (National Economic and Social Advisory Council, NESAC) hat den ehemaligen Premierminister Prem damit beauftragt, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln (BP, 12.3.06). Beide Parteien stehen Gesprächen nicht mehr ablehnend gegenüber. Fraglich erscheint jedoch, ob sich Thaksin und die Demokratiebewegung auf eine Lösung einigen können. Die unterschiedlichen Szenarien verdeutlichen jedoch, dass die politische Stabilität, die das Königreich Thailand in den vergangenen fünf Jahren ausgezeichnet hat, vorbei zu sein scheint.

Literatur

- Bünthe, Marco (2000), *Probleme der Demokratischen Konsolidierung in Thailand*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Bünthe, Marco (2005), „Thailand unter Thaksin – Eine Bilanz der ersten Amtszeit“, in: SOAa, 2004/6, S. 539-551
- Croissant, Aurel (2002), *Von der Transition zur defekten Demokratie: Politische Entwicklungen in den Philippinen, Südkorea und Thailand*, Wiesbaden
- Glassman, Jim (2004), „Economic Nationalism in a Post-Nationalist Era – the political economy of economic policy in post-crisis Thailand“, in: *Pacific Affairs*, 36, March, S. 37-64
- McCargo, Duncan (2002), „Introduction - Understanding Political Reform in Thailand“, in: Ders. (Hrsg.), *Political Reform in Thailand*, Copenhagen: NIAS, S. 1-21
- McCargo, Duncan/Ukrist Pathmanand (2005), *The Thaksinization of Thailand*, Copenhagen: NIAS
- Pasuk Phongpaichit/Chris Baker (2004), „Pluto Populism in Thailand: Business Remaking Politics“, in: Eva Lotta Hedman/John T. Sidel (Hrsg.), *Populism and Reformism in Southeast Asia*, New Haven
- Pasuk Phongpaichit/Chris Baker (2005), *Thaksin – The Business of Politics in Thailand*, Copenhagen: NIAS
- Thitinan Pongsudhirak (2003), „Democratic Authoritarianism“, in: *Southeast Asian Affairs*, S. 277-290